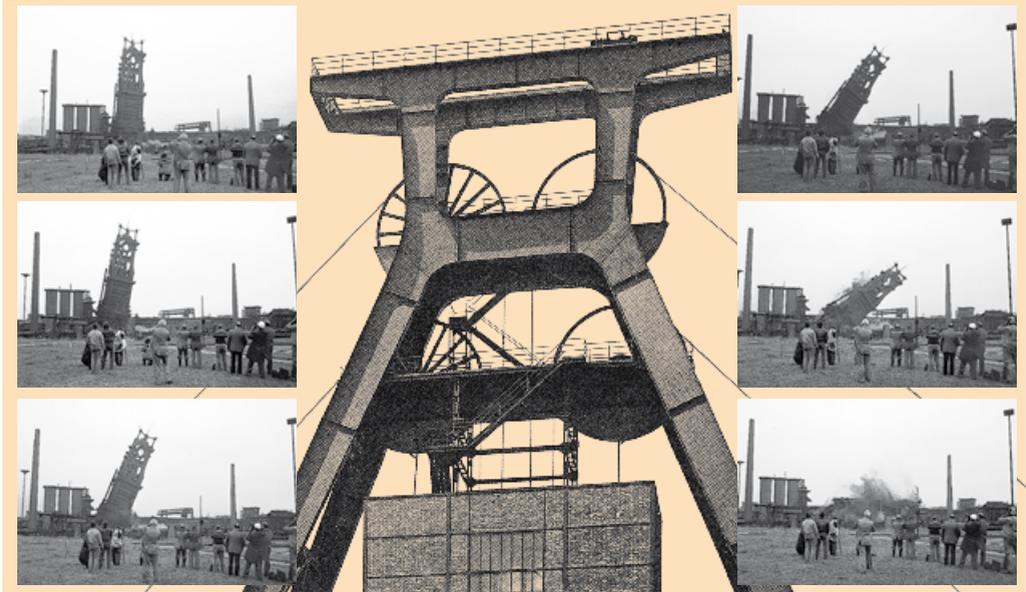


Europas Industrien im Wandel



Ein Förderturm wird gesprengt – Symbol für den Niedergang einer alten Industrieregion

Altindustrialisierte Räume

Dieser Begriff ruft in unserer Vorstellung unwillkürlich Schlagworte wach wie „industrielle Monostruktur“, „chaotische Siedungsverhältnisse“, „Umweltbelastungen“, „Arbeitslosigkeit“ oder „geringe Lebensqualität“. Diese Assoziationen sind zweifelsohne richtig, sie treffen jedoch bei weitem nicht die gesamte Bandbreite der Realität, insbesondere nicht die Not der dort arbeitenden und lebenden Menschen, der vom wirtschaftlichen Niedergang dieser Regionen unmittelbar Betroffenen.

Auch die folgenden Überschriften von Zeitungsartikeln über das Ruhrgebiet aus den Jahren 1979 bis 1987, als besonders viele Unternehmen in eine tiefe Krise gerieten und Massenentlassungen drohten, vermögen die katastrophale Wirtschaftssituation nur im Ansatz zu verdeutlichen.

„Dem Herz der Republik droht der Infarkt“
(*Der Spiegel* vom 6. 6. 1979)

„Jetzt brennt die Ruhr“ – „Erst stirbt die Zeche, dann die Stadt“
(*Süddeutsche Zeitung* vom 17./18. 10. 1987)

„Die Angst geht um an Rhein und Ruhr“
(*Die ZEIT* vom 18. 12. 1987)

Tatsache ist, dass im Ruhrgebiet zwischen 1950 und 1986 allein im Montanbereich über 300 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren, dass annähernd 90 Schachtanlagen und 50 Kokereien stillgelegt wurden. In kürzester Zeit waren „Bergbaustädte“ wie Bochum, Essen und Mülheim fast ohne aktiven Bergbau, der eineinhalb Jahrhunderte ihr wirtschaftliches und soziales Leben bestimmt hatte.

Aber es gingen nicht nur Arbeitsplätze im Bergbau verloren. Zulieferindustrien, die mit ihren Arbeitsplätzen in einem Verhältnis von ca. 1:1 zum Bergbau standen, waren ebenso betroffen. Aufgrund der engen Verbundbeziehungen zwischen dem Montankomplex und z. B. dem Maschinenbau, der die Zechen, Kokereien und Stahlwerke belieferte, gingen auch von den mit dem Bergbau verbundenen Wirtschaftszweigen Schrumpfungsimpulse aus, die schließlich auch andere Industriezweige, das Handwerk und viele Sparten des Dienstleistungssektors erreichten.

Was für das Ruhrgebiet zutrifft, gilt in z. T. noch stärkerem Maße für die meisten anderen *Altindustriengebiete* in Europa. Sind sie Regionen ohne Perspektive?



Altindustrialisierte Räume in Europa (Ende des 19. Jh.s)

Ein Blick zurück: Entstehung und Merkmale von Altindustrieregionen

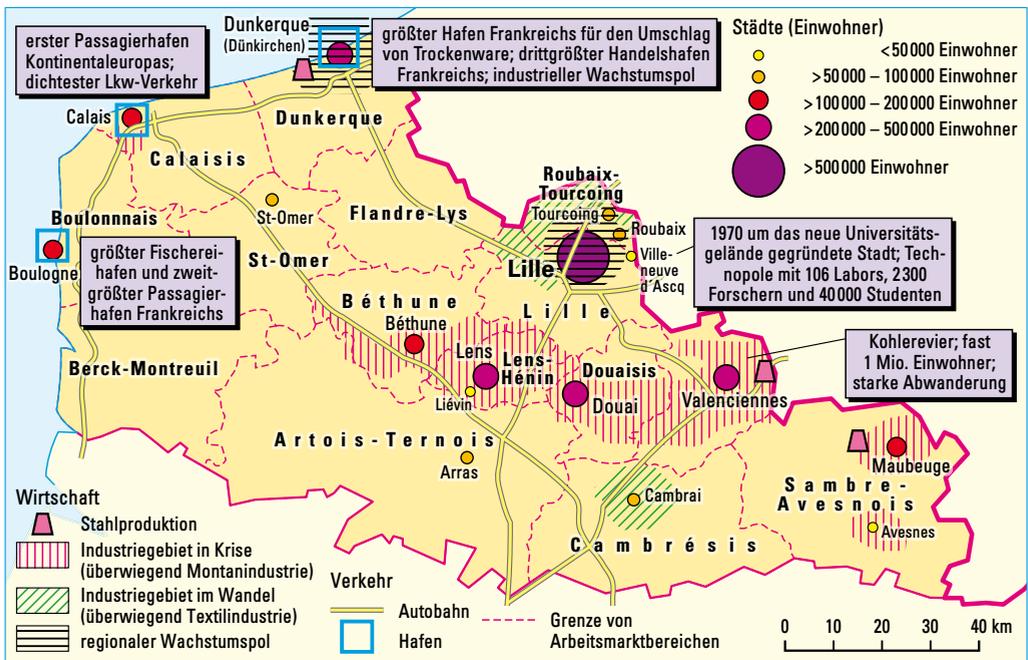
Altindustrialisierte Räume sind Gebiete, in denen die Industrialisierung schon früh eingesetzt hatte und deren Branchenstruktur durch einen besonders hohen Anteil an Grundstoff- oder Montanindustrie gekennzeichnet ist, vor allem durch Steinkohlenbergbau, Textil-, Bekleidungs-, Glas- und Porzellanindustrie. Die meisten dieser Gebiete entstanden auf der Grundlage natürlicher Voraussetzungen: Vor allem das Vorkommen von Bodenschätzen (z. B. Steinkohle und Eisenerz), die Lage an schiffbaren Flüssen, z. T. auch an der Küste (z. B. Werftindustrien), günstige Wasserversorgung, z. B. als Antriebskraft für Wasserräder oder für Bearbeitungsprozesse (u. a. Waschen und Färben von Textilien) oder Holzreichtum (Holzkohle als Energielieferant und Reduktionsmittel für die ersten Eisenschmelzen oder für die Glasherstellung) waren entscheidend.

Vor der Erschließung durch die Industrie waren die Altindustrieregionen meist dünn besiedelte Agrarräume. Da man aufgrund der teuren und schwierigen Transporte der Massengüter (Rohstoffe und Fertigprodukte) jedoch gezwungen war, mehrere technisch verbundene Produktionsstufen an einem Ort bzw. in räumlicher Nähe zu konzentrieren, kam es schon früh zu einer Ver-

dichtung der Industrien an wenigen Orten. Wegen des enormen Arbeitskräftebedarfs und -zuflusses wuchsen diese bald zu großen Städten heran, mit einer besonders auf die Belange der Industriebetriebe zugeschnittenen *Infrastruktur*.

Merkmale traditioneller Altindustrieregionen in der Niedergangsphase

- industrielle Monostruktur (z. B. Schwerindustrie) und – dadurch bedingt – einseitiger Arbeitsmarkt
- Dominanz strukturschwacher Branchen bzw. geringes Potenzial innovativer, zukunftsorientierter Wachstumsindustrien
- Vorherrschen von Großbetrieben mit dominanter Position
- Unterbesatz an unternehmensbezogenen *Dienstleistungen*
- unausgewogene Verteilung von Industrie, Siedlungen und Infrastruktur
- hohe Arbeitslosigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Monostruktur
- Wanderungsverluste und sinkendes Pro-Kopf-Einkommen
- mangelnde Ausstattung mit Bildungs- und kulturellen Einrichtungen
- große Umweltbelastung durch Industriebetriebe, Siedlungen, Transport und Verkehr (z. B. Staub- und Lärmemissionen), Zersiedlung
- starker Flächenverbrauch, heute weit verbreitet Brachflächen und Altlastprobleme



Die Region Nord-Pas-de-Calais

Ein Beispiel: Die Region Nord-Pas-de-Calais

Diese Region ist Teil des europäischen Steinkohlengürtels von Südengland über Nordfrankreich, Südbelgien, den Süzipfel der Niederlande, über Aachen, das Ruhrgebiet bis Oberschlesien.

Lange Zeit beruhte ihre Wirtschaftskraft auf der dynamischen Entwicklung der Schlüsselindustrien Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung sowie Textilindustrie. Um 1950 waren über 220000 Bergleute in den Steinkohlengruben beschäftigt, die fast die Hälfte der französischen Kohle förderten. Wie in anderen Altindustrieregionen Westeuropas, geriet seit den 1960er Jahren der Bergbau auch hier in eine Krise, die sich auf die gesamte Wirtschaft der Region ausweitete – mit enormen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen. Förderten 1945 noch 109 Schächte im Revier Nord-Pas-de-Calais, waren es 1963 noch 45 und 1987 lediglich vier. Die letzte Zeche wurde Ende 1990 geschlossen.

Auch die auf der Grundlage der Kohlenförderung entstandene Schwerindustrie blieb von Krisenauswirkungen nicht verschont. Die meisten Betriebe sind seit Anfang der 1970er Jahre verschwunden und nur an wenigen Standorten, so in Dunkerque (Dünkirchen), konnte die Stahlindustrie dank staatlicher Subventionen überleben. Insgesamt sind jedoch über 26000 Arbeitsplätze in dieser Branche verloren gegangen.

Die Textilindustrie konzentrierte sich auf den städtischen *Agglomerationsraum* Lille/Roubaix/Tourcoing. Sie beschäftigte Ende des 19. Jh.s noch mehr als 220000 Arbeitskräfte, im Jahre 2000 nur noch 26000. Dank erheblicher Umstrukturierungen und Zusammenfassungen in wenige Unternehmensgruppen konnte sie sich seitdem auf einem niedrigen Beschäftigteniveau konsolidieren.

Der Prozess der Deindustrialisierung

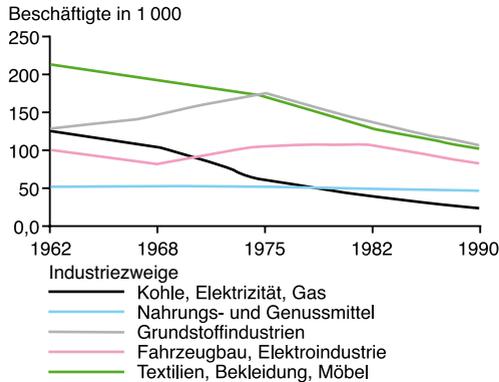
„Deutlich zeichnet sich in der Region ein Prozess der Deindustrialisierung ab. 1931 zählten 58,9% der Arbeitsplätze zum gewerblich-industriellen Sektor, 1954 waren es noch 54,6%, 2000 lediglich noch 25,9%. Die Verluste konnten in keiner Phase durch die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in anderen Sektoren wettgemacht werden. Eine Folge war, dass die Arbeitslosenquote seit den 1960er Jahren in der Region stets deutlich über dem nationalen Durchschnitt lag. 2000 erreichte sie fast 13,4% der Erwerbsbevölkerung, einer der höchsten Werte in ... Frankreich (=9,6%) zu diesem Zeitpunkt. Eine der Konsequenzen ist auch hier die starke Bevölkerungsabwanderung. Rund 450000 Menschen, über 11% der Gesamtbevölkerung, haben seit 1975 die Region verlassen.“

Alfred Pletsch: Frankreich. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2003, S. 291

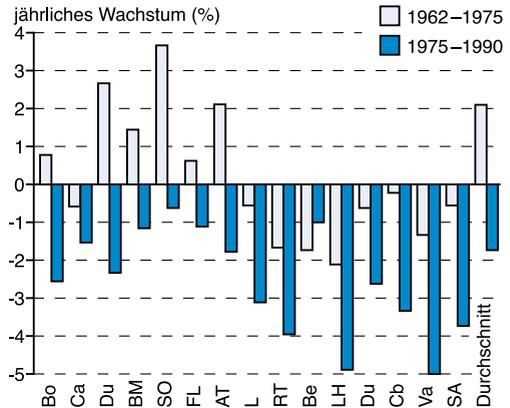
Daten zum industriellen Niedergang der Region Nord-Pas-de-Calais (1962–1990)

Nach: Joachim Burdack: Niedergang, Erneuerung und intraregionale Entwicklung in einem altindustriellen Raum. Das Beispiel der Region Nord-Pas-de-Calais. In: Europa Regional, Heft 3/1994. Leipzig: Institut für Länderkunde, S. 2, 5–7

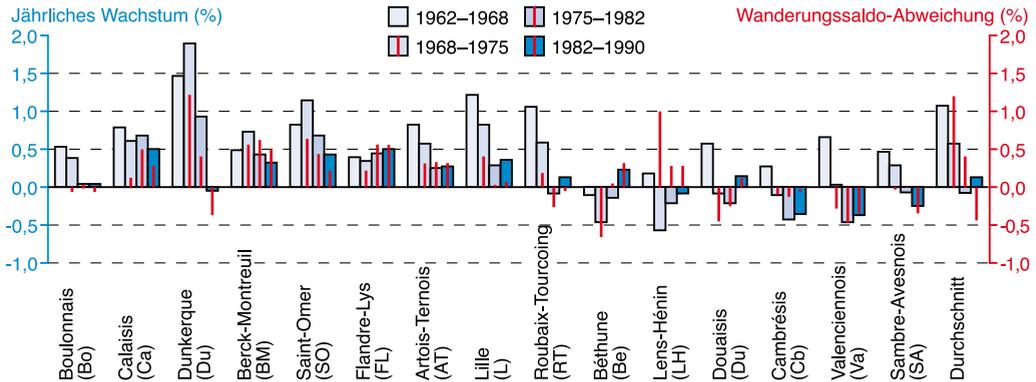
Beschäftigtenentwicklung in der Region



Entwicklung der Industriebeschäftigten nach Arbeitsmarktberreichen*



Bevölkerungsentwicklung und Abweichung der Wanderungssalden vom regionalen Mittel nach Arbeitsmarktberreichen



Beschreiben Sie die Wirtschaftsstruktur der Region Nord-Pas-de-Calais und ermitteln Sie die industriellen Standortfaktoren.

Erläutern und erklären Sie die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Region seit Anfang der 1960er Jahre bis 1990. Gehen Sie dabei auch auf die intraregionalen Unterschiede ein.

Viele Hoffnungen setzt man in der Region Nord-Pas-de-Calais auf die Auswirkungen des Eurotunnels sowie den Ausbau des europäischen Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge (TGV), in dem Lille einen Knotenpunkt bildet. Welche zu-

kunftsweisenden Impulse könnten davon für die Region ausgehen?

Vergleichen Sie die Region Nord-Pas-de-Calais mit dem Ruhrgebiet hinsichtlich Industriestruktur, Standortfaktoren, Entwicklung. (Literatur: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.): Das Ruhrgebiet. Landeskundliche Betrachtung des Strukturwandels einer europäischen Region. Essen: Selbstverlag 2002; Internetmaterialien zum Ruhrgebiet bzw. zur Montanindustrie unter: www.ruhrgebiet.de, www.kohlenstatistik.de, www.stahl-info.de)

Allgemeiner Bedeutungswandel altindustrieller Räume

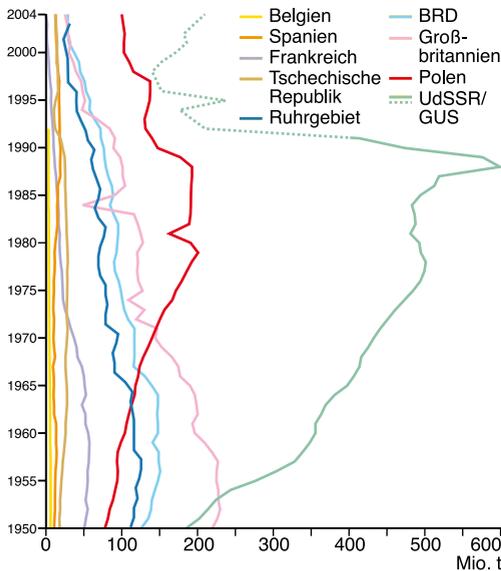
Lange Zeit standen die altindustrialisierten Räume als Synonym für den Aufstieg von Regionen zu Industriegebieten schlechthin. Besonders die großen europäischen Montanreviere waren im 19. Jh. Kristallisationskerne der „Industriellen Revolution“. Bei günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen bildeten der Steinkohlenbergbau und die Eisen schaffende Industrie wiederum die Grundlage für weitere Industriezweige, z.B. den Schwermaschinenbau und die Chemische Industrie. Der wirtschaftliche Aufbau in der Hochphase der Industrialisierung Ende des 19./Anfang des 20. Jh.s sowie Phasen der Hochkonjunktur während der Weltkriege und in den nachfolgenden Wiederaufbauphasen lösten eine boomartige Entwicklung aus. Die Montanindustrie wurde in vielen Ländern Europas zur Schlüsselindustrie. Waren es zu Beginn der Industrialisierung die idealen Standortgegebenheiten, die den Boom der Altindustriegebiete begründeten, so wandelte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s der ursprüngliche Vorteil der Lage „auf der Kohle“ zum Standortnachteil, der Niedergang setzte ein (vgl. das Fallbeispiel auf der vorhergehenden Doppelseite).

Niedergang der Montanreviere

„Die anfängliche Standortgunst veränderte sich jedoch im Verlauf der Jahrzehnte infolge der Veränderungen der Transportsysteme, des Energiebedarfs, der Nachfrage und der wirtschafts- und zollpolitischen Rahmenbedingungen sowie der Entstehung neuer Produktionsstrukturen und Branchen. Besonders einschneidend wirkten sich die Veränderungen auf die Industriestandorte mit einer einzigen Branche oder wenigen eng miteinander verbundenen Branchen aus. In solchen monostrukturierten Industriegebieten, den so genannten Revieren, konnte ein Verlust der ursprünglichen Standortgunst nicht oder nur schwer durch neue Branchen ausgeglichen werden. Sektorale Einbrüche bedeuteten hier stets soziale Krisensituationen. Die geringe Fähigkeit alter Industriegebiete (Wachstumsräume des 19. Jahrhunderts), sich an neue Bedingungen anzupassen, ist ein Grund, dass sie zu Problemräumen mit einer großen Umstellungsträgheit wurden.“

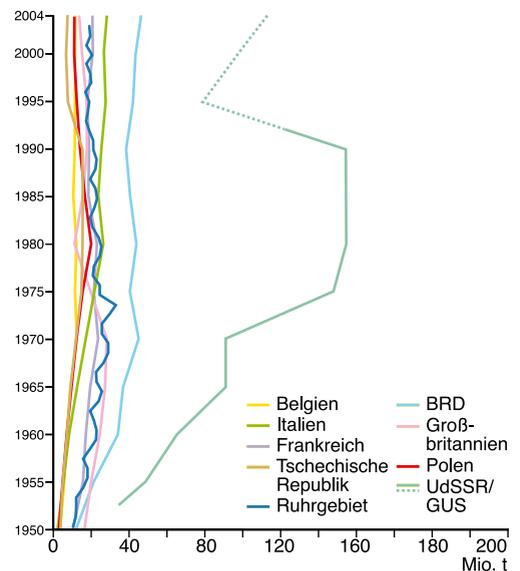
Eckard Buchhofer: Altindustrialisierte Räume. In: Wolf Gaebe (Hrsg.): Industrie und Raum. Handbuch des Geographieunterrichts, Bd. 3. Köln: Aulis 1988, S. 72–74

Steinkohlenförderung in ausgewählten Ländern und Revieren 1950–2004



Nach Gesamtverb. des dt. Steinkohlenbergbaus, Essen 2005

Rohstahlerzeugung in ausgewählten Ländern und Revieren



Nach Wirtschaftsvereinigung Stahl/Stahlzentrum Düsseldorf 2004

Umstellungsprobleme

Einer umfassenden wirtschaftlichen Umstrukturierung standen lange Zeit mehrere Probleme im Wege. In einigen Regionen gelten sie noch heute. Zu nennen sind insbesondere:

- Agglomerationsprobleme, die sich aus der hochgradigen Verdichtung von Industriezweigen, Siedlungen und Verkehrssystemen ergeben. Die daraus resultierenden Flächennutzungskonkurrenzen verhinderten vielfach eine Ansiedlung von Branchen des Nicht-Montanbereichs.
- Strukturprobleme, d.h. die ausgeprägte Dominanz von Großbetrieben der Grundstoffindustrie, die nicht zu den Wachstumsbranchen zählen.
- Anpassungsprobleme, die sich daraus ergeben, dass infolge des Verlustes früherer Standortvorteile eine Anpassung der Produktion an eine veränderte Nachfrage nur schwer zu verwirklichen ist.

Wachstumsschwäche der altindustriellen Regionen

„Die sozialen Kosten in Form von Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten ... sind nicht gering zu veranschlagen. Dies gilt besonders dann, wenn sich der wirtschaftliche Wandel in einer Phase insgesamt unzureichenden Wirtschaftswachstums vollziehen muss. Herrscht Unterbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft, so wird in den zurückbleibenden Regionen als Folge der Überlagerung von allgemeiner Wachstumsschwäche und unbewältigtem Strukturwandel ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit die Folge sein.

Dies ist in den altindustrialisierten Räumen der Bundesrepublik der Fall ... Nicht das Alter der dort vorherrschenden Industriezweige im zeitlichen Sinne ist das wesentliche Merkmal dieses neuen regionalen Problemtyps, sondern ein von der Konjunktur abgekoppelter Beschäftigungsabbau bei bereits hohem Arbeitslosensockel, verbunden mit einer zumeist ausgeprägten Dominanz einiger weniger Wirtschaftszweige ...

Damit werfen die ökonomischen Probleme altindustrieller Verdichtungsräume Fragen auf, die auch für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft von Bedeutung sind; denn die Wachstums-

schwäche der deutschen Wirtschaft erschwert nicht nur den strukturellen Wandel in den altindustrialisierten Problemgebieten, sondern die dort bestehenden Defizite an wirtschaftlicher Erneuerung belasten die Entwicklungschancen der Wirtschaft insgesamt.“

Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode [1987–1990], Drucksache 11/3478, S. 183

Hindernisse bei der Umstrukturierung

„Die Länderregierungen fördern die Ansiedlung neuer moderner Industrien. Die Erfolge sind aber bisher unbefriedigend. Die Strukturkrise wurde meist nur auf einen anderen Sektor verlagert, z. B. auf die Automobilindustrie, die selbst stark konjunkturabhängig ist. Beispiele für Standorte in altindustrialisierten Räumen sind das Fordwerk in Genk (Limburger Kohlenrevier) und das Opelwerk in Bochum (Ruhrgebiet). In nur wenigen Fällen konnten Betriebe der Hochtechnologie-Fertigung in altindustrialisierten Räumen angesiedelt werden (z. B. Siemens in Witten/Ruhr oder IBM in Glasgow) ...

Allgemein gilt: Großbetriebe und Monostruktur, vor allem der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, stellen eine ständige Gefährdung der alten Industriegebiete und der hier konzentrierten Arbeitsplätze dar.“

Eckhard Buchhofer: a. a. O., S. 76

In den Ländern des ehemaligen RGW war die Situation ganz anders als in den westlichen Staaten. Hier gab es weder für Steinkohle noch für Rohstahl eine Absatzkrise. Im Gegenteil: Die Nachfrage war stets größer als das Angebot. Zudem wurden im Rahmen der *sozialistischen Planwirtschaft* die Montanreviere besonders gefördert und z. T. künstlich „am Leben gehalten“. Im Zuge der Transformationsprozesse nach dem Zusammenbruch des RGW werden diese Gebiete heute allerdings von den gleichen Problemen eingeholt.

Industriebrachen und Altlasten als ökologische Probleme

Angesicht der geschilderten Rahmenbedingungen musste die Industrieentwicklung unweigerlich zu schwer wiegenden Umweltbelastungen führen. Die entscheidenden Ursachen waren:

- der hohe Material- und Energieverbrauch,
- die infolge der räumlichen Konzentration und Ballung von Industriebetrieben, Siedlungen und Verkehrseinrichtungen enorme Flächeninanspruchnahme,
- der hohe Anteil an festen, flüssigen und gasförmigen Emissionen besonders in der Eisen- und Stahlerzeugung sowie der Chemischen Industrie.

Umweltbelastungen durch ausgewählte Industriezweige

Wirtschaftszweig	Energie- erzeugung	Kokereien	Eisen schaffende Industrie	Chemische Industrie
Aufnahmemedium/ Belastungstyp				
Gesamte natürliche Umwelt				
bioakkumulierende Stoffe, z. B.				
Schwermetalle	●		●	●
Luft				
Grob- und Feinstäube	●	●	●	●
säurebildende Gase (v. a. SO ₂ und NO _x)	●	●	●	●
anorganische Halogene (Chlor- und Fluorverbindungen)	●	●	●	
organische Kohlenstoffverbindungen	●	●	●	●
Kohlenmonoxid/-dioxid	●	●	●	
Lärm	●	●	●	●
Wasser				
toxische Stoffe/Öle/ Fette/Lösungsmittel		●	●	●
Abwärme	●	●	●	

Nach: Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hrsg.): Umweltgutachten 1978, Stuttgart, gekürzt

Industriebrachen. In der Montankrise sind in allen altindustrialisierten Räumen Grundstücke in großem Umfang brach gefallen, durch Betriebsstilllegungen und -verlagerungen oder Produktionsumstellungen, die veränderte Anforderungen an Grundstücke mit sich brachten. Viele werden inzwischen neu genutzt, ein Großteil wartet aber immer noch auf eine neue Bestimmung. Viele Brachflächen sind nur schwer zu vermarkten, vor allem, weil sie oft in einem unattraktiven Umfeld liegen und stark kontaminiert sind. Ein weiterer Grund, der ein umfangreiches Flächenrecycling bislang verhindert hat, liegt in der Grundstückspolitik der Industrieunternehmen selbst. Seit dem Beginn der Bergbautätigkeit hatten nämlich die Bergbaugesellschaften im Bereich ihrer Untertagebaue möglichst alle Flächen aufgekauft, um so Haftungen wegen Bergschäden zu umgehen. Aus Furcht vor Konkurrenz auf dem knappen Arbeitsmarkt weigerten sich außerdem viele Unternehmen in Form einer so genannten „Bodensperre“ für die Ansiedlung neuer Industrien Flächen zur Verfügung zu stellen – und dies, obwohl für Grundstücke zum Bau von Wohnungen, Freizeit- und Infrastruktureinrichtungen sowie zur Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe ein hoher Bedarf vorlag.

Altlasten. Inzwischen sind die brach gefallenen Areale und die nutzlosen Gebäude den Kommunen zu einer Last geworden. Um die Industriebrachen der ehemaligen Zechen, Kokereien, Chemiewerke, Eisenhütten, Stahl- und Hydrierwerke einer neuen Nutzung zuzuführen, müssen sie wieder aufbereitet werden. Sie sind oftmals metertief verseucht mit Teer, Phenolen, polychlorierten Biphenylen und anderen giftigen Stoffen. In den meisten Ländern gilt im Umweltschutz zwar das „Verursacherprinzip“, d.h. die rechtlichen und finanziellen Folgen hat der Verursacher der Umweltverschmutzung zu tragen. Das Prinzip ist heute aber in den meisten Fällen nicht anwendbar, da die Verursacher wegen des langen Zeitraumes seit Beginn der Industrialisierung entweder nicht mehr zu ermitteln sind oder nicht mehr herangezogen werden können. So muss heute die öffentliche Hand für die Kosten aufkommen. Die Sanierung z. B. eines mit Dioxinen verseuchten Bodens verursacht Kosten in Höhe von über 1 000 Euro/m² Bodenoberfläche.

Neue Standortprozesse und Strategien des Strukturwandels

Standortverlagerungen. In der Eisenhüttenindustrie galt lange Zeit die Regel: „Erz wandert zur Kohle“. Für die Produktion von 1 t Roheisen benötigte man nämlich ursprünglich ca. 5 t Koks, aber nur 2 t Erz (bei einem Fe-Gehalt von 50 %). Dies erklärt, warum seit der Erfindung des Koksverhüttungsverfahrens Mitte des 19. Jh.s, d. h. des Einsatzes von Steinkohlenkoks anstelle von Holzkohle als Energielieferant und Reduktionsmittel bei der Eisenschmelze, die Hüttenwerke sich auf die Steinkohlevorkommen orientierten. In Europa waren dies vor allem die Karbonflöze an den Nordsäumen der Mittelgebirge.

Vielschichtige Entwicklungen führten in der Folgezeit jedoch dazu, dass diese Binnenlage „auf der Kohle“ zum Nachteil wurde: Reduzierung des Koksverbrauchs auf etwa ein Sechstel aller beteiligten Rohstoffe, billige Importkohle aus Übersee, ansteigender Massenverbrauch an hochwertigen Erzen anstelle der eisenarmen heimischen Erze. Man bevorzugte deshalb mehr und mehr Standorte an den großen Importhäfen. So ist seit ca. 1960 ein stetiger Verlagerungstrend der neuen Hütten- und Stahlwerke an die Küsten festzustellen, die so genannten „nassen Hütten“.

Raumwirksamkeit der „nassen Hütten“

„Bei den ‚nassen Hütten‘ muss ... unterschieden werden zwischen der betriebswirtschaftlich positiven Entwicklung der Küstenhüttenwerke und ihrer Raumwirksamkeit. So konnten viele Projekte nicht die Erwartungen erfüllen, die man in sie als Entwicklungspole für strukturschwache, meist ländliche Gebiete gesetzt hatte: Beispiele dafür sind Tarent oder Fos-sur-Mer. Nicht zu Unrecht hat man sie mit ‚Kathedralen in der Wüste‘ verglichen, denn die erhofften Effekte, nämlich die Ansiedlung von branchenmäßig diversifizierten Nachfolgeindustrien und die Bildung von Ballungsräumen, blieben in solchen Räumen in der Regel aus ... die neuen Hüttenwerke [wurden nämlich] in ballungsfernen, strukturschwachen Räumen angelegt, und zwar zu einer Zeit, als in den Industrieländern bereits ein festes Muster an Industrien mit ihren Verflechtungen, von Ballungsräumen und von infrastrukturellen Einrichtungen bestand. Standorte weiterverarbeitender Betriebe innerhalb solcher fest gefügter Strukturen werden verständlicherweise denen neben einem isolierten Hüttenwerk im unerschlossenen ländlichen Raum bevorzugt.“

Wolfgang Brücher: Industriegeographie. Das Geographische Seminar. Braunschweig: Westermann 1982, S. 130

Küstenhüttenwerk Hoogovens in IJmuiden (Niederlande)



Reindustrialisierung. Mit Verlagerungen der Produktion an kostengünstigere Standorte konnten die Probleme der Altindustrieregionen selbst natürlich nicht gelöst werden. Auch die Bemühungen um eine Reindustrialisierung, d. h. insbesondere die Ansiedlung von großen, viele Arbeitsplätze schaffenden Branchen, wie z. B. des Fahrzeugbaus oder der Elektroindustrie, brachten in der Regel keinen durchschlagenden Erfolg. Als krisenanfällige „Mammutbetriebe“ konnten sie die großbetriebliche Wirtschaftsstruktur in den Montanrevieren kaum durchbrechen. Auf keinen Fall erleichterten sie die notwendigen Anpassungsprozesse in der Strukturkrise.

So fand ab den 1970er und -80er Jahren eine grundlegende Umorientierung in der Wirtschaftspolitik der meisten altindustrialisierten Räume statt. In der Diversifizierung der Industrie sah man nun ein geeignetes Mittel der Krisenbewältigung. Konkret bedeutete dies zum einen die Anlage von *Industrie- und Gewerbeparks* mit einem starken Branchenmix und überwiegend Klein- und Mittelbetrieben. Einen Ausweg sah man zum anderen in der konsequenten Nutzung der neuen Technologien sowie in einer radikalen Wandlung der Produktpalette. Mit anderen Worten ausgedrückt: „Weg vom Hütten- und Stahlwerk, hin zum Technologiepark und Mikrochip“.

Ehemaliges Zechengelände als Dienstleistungsstandort, CBS Heerlen (Niederlande)



Tertiärisierung. Da die Reindustrialisierungsmaßnahmen die immensen Arbeitsplatzverluste auch nicht annähernd auffangen können, darf man den strukturellen Wandel keinesfalls auf den Industriesektor beschränken. Eine besondere Bedeutung kommt vielmehr dem Ausbau des Tertiären Sektors zu.

Die *Tertiärisierung* umfasst dabei sehr unterschiedliche Bereiche, von produktionsorientierten Dienstleistungen (z. B. Forschung, Marketing, Verwaltung) über konsumorientierte Dienstleistungen (z. B. Einzelhandel), Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Immobiliengewerbe bis hin zum Bildungswesen, zur Unterhaltung und zum Fremdenverkehr. Dieser Wandel ist jedoch kein Spezifikum der altindustrialisierten Räume, sondern typisch für nahezu alle Ballungsräume in den Industrieländern, die sich im Zuge der Tertiärisierung auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft bewegen. Für die Altindustrieregionen sind das Ausmaß und die Auswirkungen dieses Wandels aber insofern außergewöhnlich, als man geradezu von einer Strukturumkehrung sprechen kann. Das Ruhrgebiet kann hier stellvertretend für andere Montanreviere genannt werden: Während die Zahl der Beschäftigten im Sekundären Sektor von 61 % im Jahre 1960 auf 30 % im Jahre 2004 sank, stieg der Anteil der im Tertiären Sektor Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 37 % auf 69 %.

Beispiel: Das mittenglische Industriegebiet

Krise und Verfall

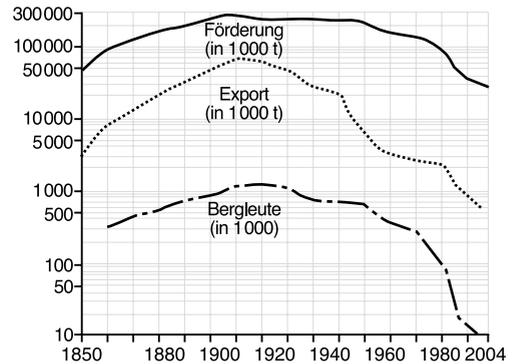
„Noch in den 1960er Jahren war das mittenglische Industriegebiet kein monolithischer industrieller Block, sondern – jeweils auf andere städtische Zentren ausgerichtet – ein auf verschiedenen Grundindustrien basierendes, vielfältig strukturiertes räumliches Muster spezialisierter Produktionsweisen – in Boomzeiten bzw. in den Zeiten eines imperialen Weltmarktes außerordentlich effektiv und produktiv, in den Krisenzeiten der vergangenen Jahrzehnte mit dem Verlust der (wirtschafts)politischen Weltmachtstellung jedoch entsprechend anfällig. Bereits Anfang der 1970er Jahre waren weite Bereiche der Industrie aufgrund mangelnder Investitionen, veralteter Anlagen und Produktionstechniken sowie eines periodisch wiederkehrenden Wechselbades von Verstaatlichung und Privatisierung in einem so desolaten Zustand, dass sie trotz aller Rationalisierungs- und Stilllegungsmaßnahmen nur durch weitgehende staatliche Subventionen konkurrenzfähig bleiben konnten ...“

Der bereits in den 1960er Jahren geschrumpfte Bergbau erlebte seit 1979 mehrere Rezessionsschübe. Mit dem Ausbau der Erdölförderung im britischen Nordseesektor verlor er endgültig seine Vormachtstellung auf dem heimischen Energiemarkt, der Produktionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe halbierte die Nachfrage nach Koks, und die Abhängigkeit von der Elektrizitätswirtschaft stieg auf gegenwärtig über 70 % ...

Sinkende Nachfrage von Seiten der heimischen verarbeitenden Industrie und steigende Konkurrenzen durch außereuropäische Niedriglohnländer führten seit den 1960er Jahren zu Absatzschwierigkeiten des ehemaligen Staatsunternehmens British Steel Corporation ... Ähnlich wie im Bergbau wurden sie seit den 1970er Jahren mit Rationalisierungen und der Investition in neue Technologien sowie mit der Schließung von fast 100 kleineren Eisen- und Stahlwerken beantwortet.“

Hans-Werner Wehling: *Das mittenglische Industriegebiet. Krisen – Verfall – Struktureller Wandel. In: Geographie und Schule, H. 172. Köln: Aulis 1991, S. 18–19 (stark gekürzt)*

Entwicklung des Steinkohlenbergbaus in Großbritannien



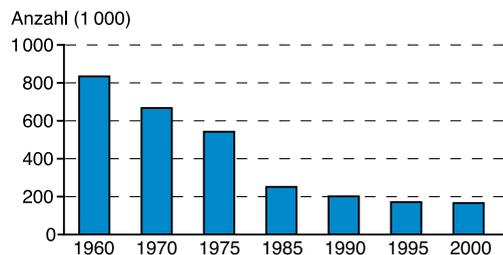
Nach Heinz Heineberg: *Großbritannien. Perthes Länderprofile. Gotha: Perthes 1997, S. 203 (aktualisiert)*

Rohstahlproduktion Großbritanniens im internationalen Vergleich (in Mio. t)

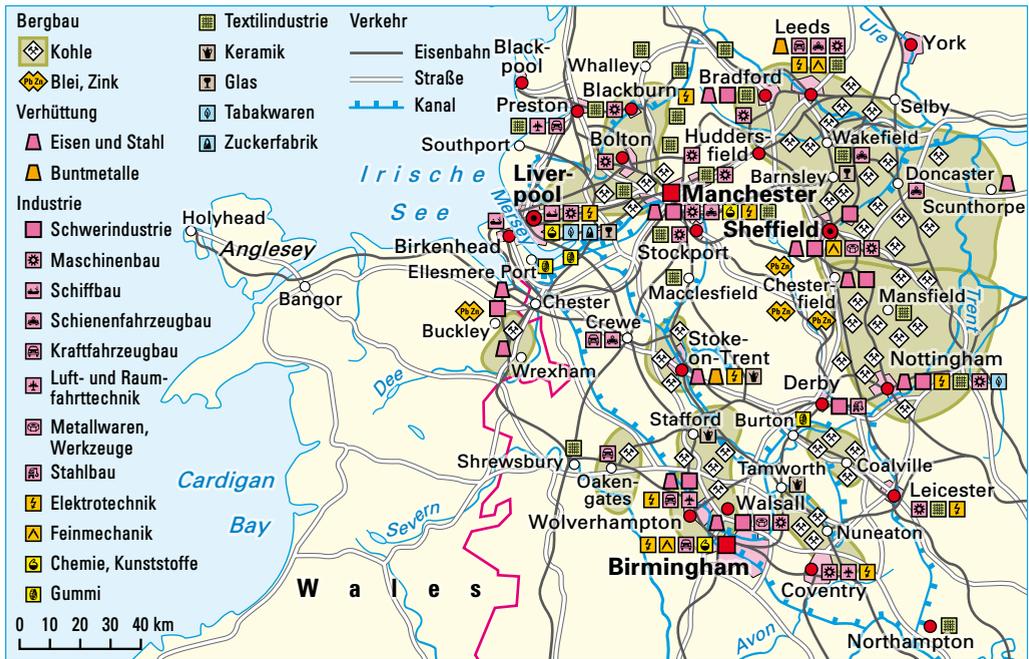
	1953	1960	1970	1980	1990	2004
Großbritannien	17,9	24,7	28,3	11,3	17,9	13,8
Brasilien	o.A.	o.A.	5,4	15,3	20,6	32,9
VR China	o.A.	o.A.	18,5	37,1	66,3	272,5
Deutschland	18,1	34,1	45,0	43,8	44,0	46,4
Frankreich	10,0	17,3	23,8	23,2	19,0	20,8
Italien	3,6	8,5	17,3	26,5	25,5	28,3
Japan	7,7	22,1	93,3	111,4	110,3	112,7
USA	101,3	90,1	119,3	100,8	89,7	98,5
Welt	233,0	328,0	577,0	713,7	770,5	1015,3

Wirtschaftsvereinigung Stahl (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch der Stahlindustrie, Düsseldorf: Stahl Eisen, verschiedene Jahrgänge*

Beschäftigte in der britischen Textilindustrie



Heinz Heineberg: *a. a. O., S. 185, aktualisiert*



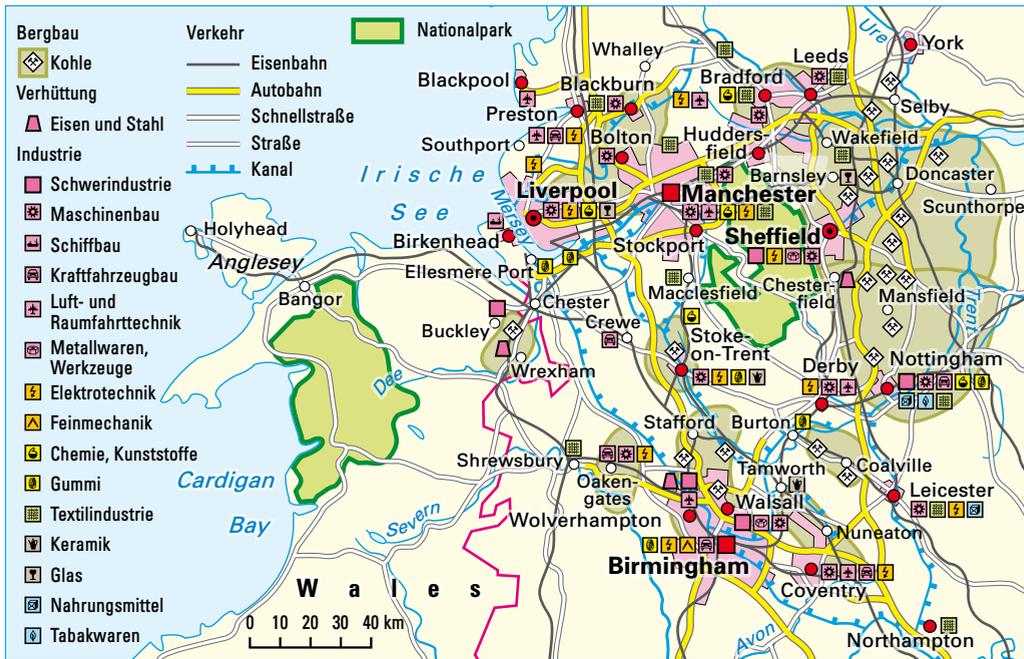
Mittellengland 1950

Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Um die wirtschaftlichen Probleme der Region umfassend und nachhaltig anzugehen, wurden zahlreiche staatliche Programme zur Wirtschaftsförderung aufgelegt. Durch direkte finanzielle Strukturhilfen und die Ausweisung von speziellen Fördergebieten (Special Development Areas), in denen die Maßnahmen gebündelt werden sollten, hoffte man für die Altindustrieregionen vor allem eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sowie eine qualitative Modernisierung der Wirtschaft, der städtischen Siedlungen und der *Infrastruktur* zu erreichen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war jedoch eher bescheiden, phasenweise sogar kontraproduktiv. Vor allem die Wirtschaftspolitik der 1979 angetretenen Regierung der Konservativen unter Margaret Thatcher verschlechterte die Situation in vielen Problemregionen. Im Mittelpunkt dieser Politik („Thatcherismus“) standen der ökonomische Liberalismus, d.h. die Zurücknahme des Staates aus der Wirtschaft durch Ausgabenkürzungen sowie Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, verbunden mit einer Antiinflationpolitik und der Einschränkung der Macht der Gewerkschaften.

Bewertung der Auswirkungen der Wirtschaftspolitik unter Margaret Thatcher

„Die bisherige Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik der konservativen Regierung hat aufgrund von Investitionsanreizen für die Wirtschaft und durch eigenfinanzierte Projekte beachtliche Erfolge aufzuweisen. Dazu gehören die Absenkung der nationalen Arbeitslosenquote und die Erhöhung des Lebensstandards ebenso wie städtebauliche Erneuerungen in den Docklands von London oder Manchester/Salford. Die Erfolge sind jedoch weitgehend das Ergebnis mehrfacher Ausleseprozesse – einer Auslese unter den Industrien, einer Auslese unter den Arbeitskräften und einer Auslese unter den Standorten. Industrien, Arbeitskräfte und Standorte, die diese Ausleseprozesse nicht bestanden, blieben meist ohne staatliche Unterstützung. Auf der nationalen und überregionalen Betrachtungsebene gingen diese Prozesse vor allem zu Lasten der Altindustrieregionen, darunter besonders des mittellenglischen.“

Hans-Werner Wehling: a. a. O., S. 27



Mittelengland 2000

Nach diesem tiefen Einschnitt in die regionale Wirtschaft folgte in den späten 1980er Jahren zunächst eine Erholungsphase, in der besonders die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor zunahm. Eine Reindustrialisierung fand in einem nennenswerten Umfang jedoch nicht statt, sodass von einer Krisenbewältigung im mittelenglischen Industriegebiet auch nicht gesprochen werden kann – zumal in den frühen 1990er Jahren wieder eine allgemeine Rezession einsetzte, die u. a. mit steigenden Arbeitslosenzahlen und hohen Inflationsraten verbunden war.

Nach Überwindung der Rezession zeichnete sich die britische Wirtschaft unter der „New-Labour“-Partei Tony Blairs durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum aus, von dem auch das mittelenglische Industriegebiet und andere altindustrialisierte Räume profitierten. Eine besondere Rolle spielten in dieser Phase kontinuierlich steigende Auslandsinvestitionen (z. B. aus den USA), wodurch zahlreiche Arbeitsplätze, vornehmlich im Hightech-Bereich, geschaffen wurden. Diese Investitionen tragen auch in erheblichem Maße dazu bei, nicht nur die weltweite Konkurrenz- und Exportfähigkeit zu sichern, sondern auch dem altindustrialisierten Raum Mittelenglands

ein neues Gesicht zu verschaffen. Dies gilt nicht zuletzt für die umfang- und erfolgreichen Revitalisierungsmaßnahmen in den großen Industrie- und Hafenstädten.